

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 pbbn d



## Inhalt

Oskar Lafontaine, Oberbürgermeister der Stadt Saarbrücken, macht auf die Folgen der Wende-Politik für die Kommunen aufmerksam; Auf Dauer nicht zu verkraften.

Seite 1

Dieter Spöri MdB, Obmann der SPD-Fraktion im Finanzausschuß des Deutschen Bundestages, analysiert das Kindergeld-Konzept der Bundesregierung: Unsozial.

Seite 3

Heinz Putzrath, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten (AvS), weist darauf hin, daß sich Rechtsextremisten ohne Furcht vor Konsequenzen immer frecher äußern; Feinde der Demokratie aktiver.

Seite 5

39. Jahrgang / 151

8. August 1984

Die Bonner Wende drückt auf die Städte

Auf Dauer sind die Folgen der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung nicht zu verkraften

Von Oskar Lafontaine

Oberbürgermeister der Stadt Saarbrücken

Der Deutsche Städtetag hat jüngst dokumentiert, welche schlimmen Folgen die Bonner Wende für die Kommunen hat. Ein Blick auf meinen Bereich zeigt: Die Sozialhilfe-Ausgaben sind in den letzten beiden Jahren in der Stadt Saarbrücken um jeweils 15 Prozent auf jetzt 40 Millionen Mark angewachsen. Pro Kopf der 191.000 Einwohner entspricht dies einem Betrag von über 200 DM. Solche Kostensteigerungen sind in keinem anderen staatlichen Aufgabenbereich zu verzeichnen.

Eine der Hauptursachen für diese Entwicklung ist in der Tatsache zu sehen, daß immer mehr Menschen über längere Zeit arbeitslos bleiben; bereits ein Drittel der Arbeitslosen über ein Jahr. Da die Arbeitslosenhilfe nicht ausreicht, müssen sie den Gang zum Sozialamt antreten. In Saarbrücken wird bereits jeder sechste, der beim Sozialamt vorspricht, auch vom Arbeitsamt unterstützt.

Die gegenwärtig besorgniserregende Arbeitsmarktlage - 8,9 Prozent Arbeitslose in der Bundesrepublik und 12,8 Pro-



zent im Saarland - ist das Ergebnis einer verfehlten Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung. Die drastischen Kürzungen der Sozialleistungen führten zu einem erheblichen Verlust der Massenkaukraft mit dem Ergebnis, daß vor allem der Handel seit Jahresbeginn mit Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Die Konsolidierungspolitik der Bundesregierung hat auch zu einem Einbruch bei der Bauwirtschaft geführt, die Entlassungen vornehmen muß.

Jetzt rächt sich die Weigerung der Bonner Regierung, beschäftigungspolitische Maßnahmen zu ergreifen. Der überdurchschnittliche Anstieg der Arbeitslosigkeit an der Saar - plus 0,7 Prozent gegenüber dem Vormonat Juni - ist ebenso ein Hinweis darauf, daß es der CDU/FDP-geführten Landesregierung nicht gelingt, wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einzuleiten. Ohne eine Kurskorrektur in der Wirtschafts- und Finanzpolitik wird gegen Jahresende ein spürbarer Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen sein.

Städte und Gemeinden können der derzeitigen Entwicklung durch eigene Initiativen nur in bescheidenem Umfang entgegenwirken.

Es ist ein Skandal, daß in dieser Situation die Bundesanstalt für Arbeit Überschüsse erwirtschaftet. Noch unverständlicher ist die Reaktion auf diese Entwicklung in Bonn. Man erwägt ernsthaft, diese Überschüsse denen zukommen zu lassen, die Arbeit haben (beitragsreduzierte Steuerreform). Dringend geboten ist eine Kurskorrektur der Bonner Politik. Die Gemeinden können auf Dauer die Folgen einer verfehlten Wirtschafts- und Finanzpolitik nicht verkraften.

(-/B.8.1984/va-he/rs)

•  
+ + +



### Unsoziales Kindergeld-Konzept

---

Die Bundesregierung täuscht die Familien mit Durchschnittseinkommen

Von Dieter Spöri MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Finanzausschuß des Deutschen Bundestages

Kein Begriff wird in der Politik derzeit so mißbraucht wie "Familie" - insbesondere in der Steuerpolitik. Tatsächlich jedoch zerstört die Regierung Kohl/Genscher mit ihren steuerpolitischen Plänen das 1975 noch gemeinsam geschaffene Fundament eines sozial gerechten und vorbildlichen Kinderlastenausgleichs. Da soll - natürlich zur Förderung der Familien - das gleiche Kindergeld für alle auf ein langfristig expandierendes System mit Kinderfreibeträgen umgestellt werden. Gleichzeitig wird Kindergeld von der Regierung propagandistisch zu einem gegenüber Kinderfreibeträgen minderwertigen Sozialtransfer abgewertet und soll auf eine Randrolle für die Einkommensschwächsten reduziert werden.

Alle Befürchtungen zu Beginn der Wende über eine totale Umpolung des Kinderlastenausgleichs werden längst übertroffen. Die Einführung des zunächst bescheidenen Kinderfreibetrages von 432 DM zu Beginn der Rechtskoalition entpuppt sich heute als erster Einstieg in einen fundamentalen Systemwechsel. Immerhin führte dieser erste Einstieg bei vier Kindern für den Spitzenverdiener schon zu 967 DM Steuervorteil pro Jahr, während bei niedrigeren Einkommen nur noch 380 DM Steuervorteil anfielen, also eine Differenz von 587 DM entstand. Schon damals war hinter allem familienpolitischen Wortflitter das neue Grundprinzip des Kinderlastenausgleichs erkennbar: Daß die familienpolitisch gefeierten Freibeträge in der Spitze der Einkommenspyramide zweieinhalb mal so viel Vorteile bringen und die Familien mit Durchschnittseinkommen getäuscht werden.

Ab 1. Januar 1986 soll dieser erste Einstieg nun nach den neuesten steuerpolitischen Beschlüssen auf einen erhöhten Kinderfreibetrag von 2.484 DM großvolumig ausgebaut werden. Dieser Freibetrag wirkt dann insgesamt so, daß der Spitzenverdiener mit vier Kindern um 3.378 DM pro Jahr stärker begünstigt wird als der Normalverdiener in der Proportionalzone mit gleicher Kinderzahl. Doch der Gipfel familienpolitischer Scheinheiligkeit ist mit dem Koalitionsbeschluß noch lange nicht erreicht. Die CSU hat gefordert, den Kinderfreibetrag nicht nur auf 2.484 DM, sondern auf 3.000 DM zu erhöhen. Als Fernziel schwebt der CSU sogar ein Kinderfreibetrag von 3.600 DM vor.



Um zu vertuschen, daß ein solches Konzept alles andere als sozial ausgewogen ist, hat die Bundesregierung denjenigen, deren steuerliches Einkommen so niedrig ist, daß sich der erhöhte Kinderfreibetrag nicht auswirkt, einen Kindergeldzuschlag von monatlich 44 DM versprochen. Dieser Zuschlag ändert jedoch überhaupt nichts daran, daß das ganze Manöver eine erneute Umverteilung von unten nach oben bewirkt.

Zudem haben die unionsregierten Länder bereits Bedenken gegen eine Verzahnung von Kindergeld und Kinderfreibetrag angemeldet. Die verwaltungstechnischen Probleme dieser Verzahnung sind nicht gelöst. Das Nebeneinander von Kindergeld, Zusatzkindergeld für Familien mit niedrigem Einkommen und Kinderfreibeträgen führt zu einer kaum mehr überschaubaren Komplizierung des Verwaltungsablaufs. Gerade unter dem Gesichtspunkt der Verwaltungsvereinfachung steht diese Politik der Union in krassem Widerspruch zu allen Forderungen, die sie als Opposition immer wieder erhoben hat. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß die Bundesregierung das Feigenblatt des Kindergeld-Zuschlages wegen des Widerstands der Länder stillschweigend fallen läßt.

Als ideologische Begründung für die Umstellung des Kinderlastenausgleichs muß das Trickargument erhalten, "der Kinderfreibetrag Sorge dafür, daß die durch den Kindesunterhalt eingetretene Minderung des für die Steuerzahlung verfügbaren Einkommens berücksichtigt wird" (BMF-Finanznachrichten 27/84). Dabei wird schlicht verschwiegen, daß 1975 gerade diese verminderte Leistungsfähigkeit bei Kindern über das damals geschaffene Kindergeldsystem berücksichtigt wurde.

Wie die Bundesregierung diese krasse Benachteiligung der Familien mit Durchschnittseinkommen über das Freibetragsystem beim Kinderlastenausgleich mit den wirtschaftspolitischen Erfordernissen in Einklang bringen will, bleibt offen. Nach einer Berechnung des statistischen Bundesamtes ist in den letzten beiden Jahren die Zunahme des verfügbaren Einkommens der Arbeitnehmer, Arbeitslosen und Rentner stark hinter den Preissteigerungen hergehinkt. Dies bedeutet vor allem für Familien mit Kindern einen spürbaren Kaufkraftverlust, der mittelfristig nicht über Entsparen oder zusätzliche Kreditaufnahme ausgeglichen werden kann. So sehr reine Kaufkrafttheorien an den wirtschaftspolitischen Realitäten vorbeigehen, so wenig kann eine stabile Wirtschaftsentwicklung auf die Kaufkraft der Familien mit Durchschnittseinkommen verzichten. Angesichts der bescheidenen Entwicklung der Nominaleinkommen wäre eine breite Kindergelderhöhung auch wirtschaftspolitisch das effektivere Instrument als Freibeträge, die die Durchschnittsfamilien mit höherer Konsumquote stark benachteiligen.

(-/8.8.1984/vo-he/rs)

+ + +



**Die Feinde der Demokratie werden aktiver**  
-----

**Der Mann, der den 20. Juli niederschlug, kann sich ungeniert zu seinem Verbrechen bekennen**

Von Heinz Putzrath

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten (AvS)

Was den 20. Juli 1944 im Bewußtsein großer Teile der Bevölkerung als etwas Besonderes erscheinen läßt, hängt nicht zuletzt damit zusammen, daß sich die Form des Attentats gegen Hitler als obersten Kriegsherrn und höchsten Repräsentanten des Staates von den üblichen Widerstandsaktionen unterschied. Ebenso bedeutsam ist, daß im Gegensatz zu den Tausenden unbekannter Menschen, die auf verschiedene Art und Weise Widerstand gegen das Hitler-Regime geleistet haben, und kaum Anerkennung dafür fanden, die Männer und Frauen des 20. Juli Symbolcharakter bekommen haben.

Wer sich Gedanken darüber macht, wie der Widerstand gegen ein Unrechtsregime heute vermittelt werden kann, wird sehr schnell feststellen müssen, daß ein Bedürfnis nach Leitbildern vorhanden ist. Sie erleichtern es, Motivationen und Aktionen der Handelnden einzuordnen in das Gesamtgeschehen, es zu erklären und zu würdigen. Besonders Jugendliche brauchen solche Orientierungspunkte und das Herausstellen von Persönlichkeiten, selbst wenn damit nicht selten eine Überschätzung des Einzelnen verbunden ist.

Die Feinde der Demokratie haben es dabei leichter. Der Appell an Gemeinsamkeit, wie er in dem Spruch zum Ausdruck kommt "Einer für Alle, Alle für Einen", wird von ihnen zum Führerprinzip verwandelt. Heldenmythos und Kadavergehorsam gehören zu dieser Interpretation. So ist es nicht verwunderlich, daß sich zu den Ereignissen des 20. Juli ein solcher Typ meldet: Ernst Otto Remer. Als überzeugter Rechtsextremist brüstet er sich damit, für die Niederschlagung des Aufstandsversuchs in Berlin verantwortlich zu sein. Der Beitrag Remers als damaliger Kommandeur des Berliner Wachbataillons steht außer Frage. Ob er als ehemaliger Offizier heute dafür noch durch eine Pension belohnt wird, entzieht sich unserer Kenntnis.

Daß er aber nie aufgehört hat, die Widerstandskämpfer als Hoch- und Landesverräter zu diffamieren, hat er dieser Tage wieder im "Spiegel" bekräftigt. Auch heute noch würde er wieder so handeln und diese Leute an den Galgen bringen, schreibt Remer. Mit ihm mußte man sich nach 1945 des öfteren beschäftigen. In einem der vielen Prozesse gegen Remer war es Dr. Fritz Bauer, der besonders eindrucksvoll die Anklage vor dem Landgericht in Braunschweig 1952 zu vertreten hatte. Der Prozeß, zu dem sich viele Wissenschaftler und Militärs gutachtlich geäußert hatten, führte in einer 51seitigen Begründung zu einer Verurteilung Remers wegen übler Nachrede in Tateinheit mit der Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener. Den Generalmajor mit Ritterkreuz und Eichenlaub hat das nicht berührt. Er ist auch heute noch ein beliebter Zeitzeuge bei neonazistischen Zusammenkünften.

Wenn er sich heute noch zu seinen Untaten in einem Leserbrief bekennt, wird ihn kaum jemand nochmals wegen übler Nachrede und der Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener anklagen. Nur wenige Zeugen, die ihm entgangen sind, leben noch. Es erhebt sich aber die Frage, ob einer solchen Gallionsfigur die Gelegenheit gegeben werden sollte, sich eines auflagenstarken Magazins zu bedienen, um damit einen Wirkungskreis zu erzielen, der ihm sonst nicht zur Verfügung steht. Die Fragestellung ist nicht neu. Die Grenze zu ziehen zwischen dem Grundrecht der Meinungsfreiheit und der Informationspflicht der Presse, obliegt der Redaktion.

Die Gefahr des Rechtsextremismus ist nicht zu übersehen, ebenso wenig die Tatsache, daß Symbolfiguren wie Rudel, Remer und Kühnen eine gewisse Attraktivität für Jugendliche darstellen. Sowohl die Medien wie die Politiker müßten sich fragen, was die Ursachen dafür sind und wie man unsere Demokratie vor ihren Feinden schützen kann, die immer ungenierter ihr Haupt erheben. (-/8.8.1984/vo-he/rs)

+ + +

Vernünftiger Umgang  
mit wertvollen Rohstoffen  
Recycling-Papier

